

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auch Menschen, die der katholischen Kirche wohlgesonnen sind, reiben sich gerade die Augen. Nach allem, was schon in den letzten Jahren an Missbrauchsvorwürfen rund um die katholische Kirche bekannt geworden war, konnte man sich eine Steigerung kaum vorstellen.

Dass hohe Würdenträger die **Opfer nicht ernst** genommen und sich **vor die Täter gestellt** haben, macht sprachlos und erschüttert.

Es werden von Tag zu Tag mehr Menschen, in deren Glaubensbekenntnis zumindest der Satz »ich glaube an die heilige katholische Kirche« unaussprechlich wird, wenn nicht gar das Glaubensbekenntnis an sich ins Wanken gerät.

Das **erlittene Leid** verlangt nach ehrlicher und umfassender Aufarbeitung, Anerkennung, Unterstützung und Wiedergutmachung.

Korrespondierend erfordert das **begangene Unrecht** lückenlose Aufklärung und späte Gerechtigkeit.

Mich hat dieses Thema in dieser Woche zweimal konkret beschäftigt. So habe ich gemeinsam mit Justizminister Eisenreich im Bayerischen Landtag den billigen Versuch der Grünen demaskiert, aus dem Missbrauchsskandal der Kirche einen Justizskandal zu basteln. Es ist wichtig, dass die Justiz ohne Ansehen der Person und des Amtes ermittelt. Dazu ist sie nach dem Legalitätsprinzip verpflichtet und dieses Prinzip wird in Bayerns Justiz auch gelebt. Wer ins Blaue hinein mit Dreck wirft und Ermittlungen ohne jeden Anfangsverdacht nach dem Motto »wühlen wir mal im Sumpf« fordert, tut den Opfern keinen Gefallen – und dem Vertrauen in unseren Rechtsstaat schon gar nicht.

Nun ist mit Prälat Lorenz Wolf ein hoher Würdenträger der Kirche in Bayern zugleich Vorsitzender des Rundfunkrats des BR. Da ihm im aktuellen Gutachten schwere Fehler im Umgang mit Missbrauchsfällen vorgeworfen werden, ist es nur folgerichtig, dass er sein Amt jetzt ruhen lässt. Die Amtszeit endet eh Ende April. Beschämend war am Donnerstag allerdings der Umgang mit der Causa im Rundfunkrat selbst. Da wurde erst mehr als zwei Stunden über Geschäftsordnung und Tagesordnung gestritten, ehe Prälat Lorenz Wolf sichtlich bewegt sagen konnte, er schäme sich, dass er Schuld auf sich geladen habe. Er bat um Verzeihung und Vergebung. Das war überfällig, verdient aber auch Achtung. Das Geplänkel davor und seine Rechtfertigungsversuche danach waren allerdings des Gremiums unwürdig. Der Rundfunkrat wacht darüber, dass der BR seine Aufgaben erfüllt. Seine Mitglieder sind verpflichtet, sich für die Interessen des Rundfunks und seines Publikums einzusetzen. Dabei wäre der scheidende Vorsitzende eine zu große Belastung gewesen.

Für die Auseinandersetzung mit seinem Verhalten in anderen Funktionen und Gremien ist der Rundfunkrat nicht das richtige Gremium. Wer es als Bühne für Rechtfertigungen nutzt, tut dem Rundfunk keinen Gefallen. Wer aber – wie einige Rundfunkräte – dieses Gremium für eine Generalab-

rechnung mit der katholischen Kirche nutzen möchte, tut ihm erst recht keinen Gefallen.

Im Programm des BR muss der Aufarbeitung der Missbrauchsvorwürfe dagegen sehr wohl stattfinden – da wird ihm nun sogar eine besondere Verantwortung zukommen!

Ein schönes Wochenende wünscht



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



MEINE WOCHE IM LANDTAG

Eine ereignisreiche Woche liegt hinter mir. Neben der schon erwähnten turbulenten Rundfunkratssitzung habe ich auch im Plenum einen sehr populistischen Versuch gekontert, im Missbrauchsskandal der katholischen Kirche die bayerische Justiz zu diskreditieren, ich habe weitere Reden gehalten zum Versuch, die so genannten »Stillen Tage« auszuhöhlen und zu einem ebenso populistischen Antrag einer Stimmkreisreform. Noch eineinhalb Jahre bis zur nächsten Wahl, aber manche erschöpfen sich bereits jetzt in Schaufensterpolitik... Im Verfassungsausschuss hatten wir uns unter anderem mit einer Klage der bayerischen Beamtenverbände zu befassen, die sich nicht ins neue Lobbyregister eintragen lassen wollen. Ganz nebenbei hatte ich diese Woche jeden Abend eine Vorstandssitzung (Fraktionsvorstand Landtag, Fraktion Stadtrat, Landesvorstand FW, Bezirksvorstand FW und FW Kempten). Danach ging es regelmäßig per Telefon und Video munter weiter. Denn einen großen Raum in meiner Wochenagenda nahm der Dialog und die Abstimmung mit unseren Landtagsfraktionen in Brandenburg und Rheinland-Pfalz ein zur Nominierung unserer Kandidatin

für die Bundesversammlung. Man muss kein Hellseher sein, um heute schon zu sagen, dass Frank-Walter Steinmeier auch die nächsten Jahre in Schloß Bellevue sitzen wird. Aber unsere junge Kandidatin, die mit beiden Beinen im täglichen Leben steht, ist dazu ein glaubwürdiger Gegenentwurf, weil sie eine echte #Bürgerpräsidentin wäre! Mehr dazu am Ende dieses Newsletters.

Was sonst noch war in dieser Woche: Wir forderten mit Dringlichkeitsanträgen im Plenum die **sofortige Wiederaufnahme der KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude** sowie eine **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes**. Außerdem stand die erste Ausgabe unseres Online-Formats »**Blickpunkt B@yern: Wohlstand bewahren – Bayerns Energieversorgung sicherstellen**« im neuen Jahr auf der Agenda. Unser Europaausschussvorsitzender Tobias Gotthardt hatte zudem die große Ehre, die **Generalkonsulin Israels Carmela Shamir** bei uns im Bayerischen Landtag zu begrüßen. Alle weiteren Details habe ich auf den nächsten Seiten für Sie zusammengefasst.

KFW-FÖRDERSTOPP FÜR ENERGIEEFFIZIENTE GEBÄUDE: PROGRAMME SOFORT WIEDERAUFNEHMEN

Das Bundeswirtschaftsministerium hat die KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude gestoppt. Die Unterstützung des Effizienzhauses (EH) 55 wurde sogar vollständig beendet. Dadurch sind zahlreiche Gebäudefinanzierungen obsolet geworden. **Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Ampelregierung im Bund daher vergangenen Mittwoch dazu aufgefordert, sich für die sofortige Wiederaufnahme der KfW-Förder-**

programme einzusetzen. Denn zahlreiche Betroffene hatten darauf vertraut, dass die Antragstellung für das EH 55 bis Ende Januar 2022 möglich sein würde, jetzt aber ist der Stichtag willkürlich auf den 24. Januar zurückgesetzt und damit die versprochene Antragstellung bis zum 31. Januar ausgebremst worden. Um das Vertrauen der Menschen nicht zu verspielen, **sollten die bereits gestellten Anträge schnell bearbeitet und bei Vorliegen der Förder Voraussetzungen auch zeitnah bewilligt werden.** Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. geht aktuell davon aus, dass **rund 80.000 Sozialwohnungen** vorerst nicht gebaut werden können. Zusätzlich könnten die Kaltmieten alleine durch den Wegfall der Förderung von Gebäuden nach Standard des EH 55 **um 1,50 Euro pro Quadratmeter** steigen. Daher ist es richtig, dass mehrere Bundesländer – darunter auch Bayern – eine **Sonderkonferenz der Bauminister mit dem Bund fordern.** Denn die Antragssteller brauchen nun dringend tragfähige Lösungen. [\[HIER\]](#) lesen Sie mehr.

VERLÄNGERUNG DES KURZARBEITERGELDES: BISHERIGE WIRTSCHAFTLICHE ERFOLGE NICHT GEFÄHRDEN

Das Gastgewerbe, der Handel und vor allem die Veranstaltungs- und Kulturbranche leiden nach wie vor unter Corona-bedingten Einschränkungen. **Deshalb haben wir die Ampelkoalition in Berlin letzten Mittwoch mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum aufgefordert, schnellstmöglich den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum Ende des zweiten Quartals zu verlängern.** Denn angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie brauchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Planungssicherheit. Zwar hat die Konjunktur im Freistaat in den vergangenen Monaten spürbar angezogen und auch die Arbeitslosenquote liegt mit aktuell 3,3 Prozent



wieder auf dem Vorkrisenniveau. **Die Zunahme an Kurzarbeitsanzeigen im Januar ist allerdings ein Beleg dafür, dass sich das Gastgewerbe, der Einzelhandel und die Veranstaltungswirtschaft noch nicht erholt haben.** Der bisher geltenden Regelung zufolge ist die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds auf 24 Monate begrenzt. Unternehmen, die seit Pandemiebeginn Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt haben, erreichen diese Grenze deshalb noch im Februar. Ohne eine Verlängerung der Sonderregelung steigt das Risiko von Entlassungen – und damit auch die Gefahr, dass die mittels Kurzarbeit erreichten volkswirtschaftlichen Erfolge gefährdet werden. Gleichzeitig darf das Kurzarbeitergeld keine Dauerhilfe werden. **Sollte sich die Bedrohung durch Corona in den kommenden Monaten entspannen, brauchen wir zeitnah eine tragfähige Exit-Strategie statt immer neuer Corona-Sonderregelungen.** Mehr dazu [\[HIER\]](#).

REFORMATION DES BAYERISCHEN GLEICHSTELLUNGSGESETZES: BEI NOVELLE IST AUGENMASS GEFRAGT

25 Jahre nach Inkrafttreten des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes machen wir uns für eine umfassende Novellierung des Gesetzes stark. Denn immer noch sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt – obwohl das Ausräumen bestehender Nachteile in der Bayerischen Verfassung verankert ist. Bayern befindet sich zwar auf einem guten Weg, aber diesen müssen wir auch in Zukunft konsequent weiterverfolgen. **Bislang gibt es zum Beispiel keine Verpflichtung für bayerische Behörden, einen Gleichstellungsbeauftragten oder ein Gleich-**

stellungskonzept zu haben. Mit einem entsprechenden Antrag, der am vergangenen Dienstag im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes behandelt worden ist, will unsere Fraktion darauf hinwirken, die bestehenden Regelungen im Gesetzestext kritisch zu hinterfragen und – wo erforderlich – anzupassen. Konkret halten wir es für geboten, die Erkenntnisse, die während der Expertenanhörung zum Bayerischen Gleichstellungsgesetz im vergangenen Herbst gewonnenen wurden, zum Anlass für eine umfassende Prüfung zu nehmen. **Denn das Gleichstellungsgesetz war seinerzeit wegweisend, ist aber mittlerweile in die Jahre gekommen.** Bislang sind die darin enthaltenen Formulierungen »weich« und wenig bindend. **Wichtig ist jedoch, den Dienststellen kein überbordendes Regelwerk aufzunötigen. Deshalb ist Augenmaß gefragt.** Denn Behörden bekommen oft deutlich weniger Bewerbungen von Frauen als von Männern. Die Frauenquote muss daher auch mit der Einstellungsquote verglichen werden. [\[MEHR HIER\]](#).



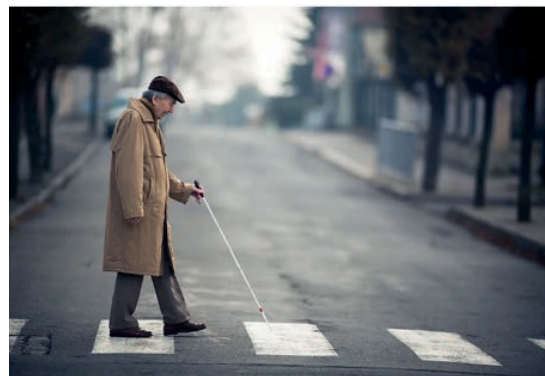
KURZNEWS

WAHL ZUM PARLAMENTARISCHEN KONTROLLGREMIIUM UND WAHL DES LANDTAGSVIZEPRÄSIDENTEN

Auch wenn es angesichts des Verhaltens der AfD im Parlament nicht immer leichtfällt, so respektieren wir das ihr zustehende Vorschlagsrecht für das Parlamentarische Kontrollgremium und den Parlamentsvizepräsidenten. **Ob man als Abgeordneter von den hierfür vorgeschlagenen Personen nach außen vertreten werden möchte, muss jeder selbst und nach eigenem Gewissen beurteilen.** Ebenso verhält es sich mit der Frage, ob wir im Parlamentarischen Kontrollgremium eine Fraktion mit der Aufgabe der Kontrolle des Verfassungsschutzes betrauen möchten, die selbst ein Fall für den Verfassungsschutz sein könnte. [\[HIER\]](#) lesen Sie mehr.

VETERINÄRRECHT: NUR GEZIELTES TIERSEUCHENMANAGEMENT KANN FISCHEREI UND TEICHWIRTSCHAFT IN BAYERN SCHÜTZEN

Fischseuchen gehören zu den größten Bedrohungen für unsere heimischen Fischbestände. **Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bayern spezifische Bekämpfungsmaßnahmen ergreifen darf.** Denn nur durch ein gezieltes Tierseuchenmanagement kann **die landschaftsprägende Funktion der Fischerei und Teichwirtschaft in Bayern geschützt und deren wichtiger Beitrag zur Artenvielfalt fortgesetzt werden.** [\[MEHR HIER\]](#).



TAUBBLINDEN UND HÖRSEHBEHINDERTE MENSCHEN MEHR UNTERSTÜTZUNG ZUKOMMEN LASSEN

Taubblinde und hörsehbehinderte Menschen benötigen für sehr viele alltägliche Dinge Assistenz und Orientierungshilfe. **Deshalb bedürfen taubblinde und hörsehbehinderte Menschen mehr Unterstützung im Rahmen einer Taubblindenassistenten.** Diese wollen wir flächendeckend verbessern, besonders im ländlichen Raum. Ziel unseres Antrags ist, eine **auskömmliche Vergütung für ausreichend qualifizierte Taubblindenassistenten** sicherzustellen. Denn diese wichtige Aufgabe erfordert vertiefte Kenntnisse in verschiedenen Kommunikationsformen, darunter deutsche Gebärdensprache, taktiles Gebärden und Lormen. [\[MEHR HIER\]](#).



REFORMATION DER ALTERSVORSORGE: GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG BLEIBT WICHTIGSTE SÄULE DER ALTERSSICHERUNG

Wir wollen älteren Mitmenschen auch im Rentenalter ein selbstbestimmtes Leben sowie ausreichend gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. **Deswegen fordern wir die Berliner Ampelregierung auf, dafür zu sorgen, dass das Altersvorsorgesystem mit Blick auf demografischen Wandel und absehbaren Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge leistungs- und generationengerecht modernisiert wird.** [\[HIER\]](#) lesen Sie mehr.

UNSERE SOCIAL-MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜRS TEILEN!

Das letzte Atomkraftwerk in Deutschland wird dieses Jahr abgeschaltet und wir wollen schnellstmöglich raus aus der klimaschädlichen Kohle. Doch gleichzeitig ächzen wir unter drastisch steigenden Preisen für Strom, Gas und Erdöl. Welche Maßnahmen die Politik ergreifen muss, um die Energiewende erfolgreich und bürgernah umzusetzen, diskutierte unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl am vergangenen Donnerstag mit seinen Gästen. [\[HIER\]](#) können Sie sich die Veranstaltung noch einmal in voller Länge anschauen.

Wir sagen hohen Energiepreisen den Kampf an! **Dank unseres unermüdlichen Einsatzes ist dies nun endlich auch bei den Berliner Ampelparteien angekommen.** Denn plötzlich hält der Bundesfinanzminister eine Abschaffung der EEG-Umlage schon in diesem Sommer für denkbar. Doch reicht das zum Ausgleich für die weiter steigenden Gas-, Kohle- und Ölpreise aus? Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl gibt im

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de

Wochendurchblick seine Einschätzung ab. [\[HIER\]](#) geht es direkt zum Video.

EINSTIMMIG NOMINIERT: DR. STEFANIE GEBAUER IST UNSERE KANDIDATIN FÜR DAS AMT DER BUNDESPRÄSIDENTIN

Mit der Nominierung von **Stefanie Gebauer** setzen wir ein klares Zeichen im Bund für mehr Vielfalt und Auswahl bei der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes. Mit 41 Jahren ist die promovierte Astrophysikerin aus Kremmen (Brandenburg) dabei die jüngste Kandidatin, die jemals für das Amt vorgeschlagen wurde und gleichzeitig die einzige weibliche Bewerberin in der 17. Bundesversammlung. Mit ihrer Kandidatur möchten wir ein bewusstes, inhaltliches Signal setzen. Denn Stefanie Gebauer steht für mehr Bürgerdialog, das Ehrenamt, für die Förderung von Frauen und für die Unterstützung von Kindern. Die Zeit wäre reif für eine Bundespräsidentin. Und vielleicht täte unserem Land gerade jetzt eine »Bürgerpräsidentin« gut, die mit beiden Beinen im Leben normaler Menschen steht. Sie könnte die Bürgerinnen und Bürger leichter erreichen, wenn es darum geht, das Miteinander zu stärken und die Zukunft gemeinsam und mit Zuversicht zu gestalten.

Meine klare Leseempfehlung zu unserer Nominierten finden Sie [\[HIER\]](#)!

